

FRAKTIONEN, KANDIDATEN und PROGRAMME

Fragen, die immer wieder in „Wahlkämpfen“ auf Österreichs Universitäten auftauchen. 6 Fraktionen werben dieses Jahr um die Stimmen der Studenten im Wahlausschuß der TU-Graz. Zwei davon, die JES und der KSV versuchen dies wiederholten Male ein Mandat zu erringen. Sie traten bisher nur in Wahlzeiten in Erscheinung und werden deshalb wohl kaum aus ihrem Schattendasein heraustreten.

4 Fraktionen sind momentan im Wahlausschuß vertreten. Die ÖSU, seit Jahren Mehrheitsfraktion mit 6 Mandaten, der RFS, die EX-Mehrheitsfraktion vom Anfang der 70er Jahre, die sich momentan bei 2 Mandaten eingependelt hat, der VSSfÖ, seit Jahren um das dritte Mandat kämpfend und es immer knapp verfehlend, und das Studentenforum, das 1979 zum ersten Mal ein Mandat errungen hat.

Um euch eine kleine bescheidene Entscheidungshilfe für den Gang zur Urne am 20. und 21. Mai zu geben, haben wir auf der Technik vier Themenbereiche ausgewählt und die einzelnen Fraktionen gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Ziel war, vergleichbare (?) Aussagen zu bekommen, was auch gelungen scheint, um Euch die Unterschiede der kandidierenden Fraktionen anhand dieser 4 Punkte aufzuzeigen.

— ALLGEMEINPOLITISCHES MANDAT —



RFS.:

Wenn wir Studenten zweimal im Jahr zur Inskriptionszeit den Erlagschein zur Hand nehmen und damit unsere Mitgliedschaft zur Österreichischen Hochschülerschaft bekunden, sollten wir uns überlegen, was mit diesem Geld geschieht. Es wird nämlich nur zu einem geringen Teil dem Zweck zugeführt, der eigentlich naheliegend ist, der Vertretung studentischer und studienbezogener Interessen. Der Löwenanteil fließt durch das allgemeinpolitische Sprachrohr und verpufft dort mehr oder minder wirkungslos. Der Zentralausschuß wird von vielen „Studentenvertretern“, die sich als Mini- und Nachwuchspolitiker profilieren wollen, als Möglichkeit mißverstanden, in die Lokal- oder gar Weltpolitik einzugreifen. Zu welchen Auswüchsen das führt, dringt leider nur selten an die Öffentlichkeit, steht aber in allen Protokollen. Da wird mit dünnen Mehrheiten durchgedrückt, daß etwa das Schah-Regime in Persien zu verurteilen sei. Demonstrationen, Flugblätter verbreiten dann die Meinung „aller“ Studenten. Ein neuer Mann an der Macht in Persien — Hurra? Na doch nicht das, was wir wollten. Dennoch, nun sind die Universitäten im Iran gesperrt, das Volk kam vom Regen in die Traufe. Nur ein Beispiel von vielen Blamagen. Aus jedem Verein kann man austreten, wenn einem Inhalt und Ziele nicht mehr zusagen. Nicht so aus der ÖH, der „Körperschaft öffentlicher Rechts“, die ihre Mitglieder durch das Gesetz, daß nur brave Beitragszahler studieren dürfen, bei der Stange hält. Und da ist noch ein Zuckerl: Die Sonderprojekte, die jedermann durchführen darf und dafür Geld aus der Studentenkasse bekommt. Bevorzugt werden Projekte aus fortschrittlich linken Kreisen genehmigt: Das kleine Einmaleins des Marxismus als Lehrauftrag, Gastspiel des Triestiner Partisa-

nenchores in Österreich, Werbekampagnen für den Zivildienst und so fort. Um den jeweiligen politischen Wind der gerade in der Hochschülerschaft weht, auch dem „Volk“ bekanntzumachen, ist die Hauspostille „ÖH-Expreß“ da. Ein Blättchen, in dem vom harmlosen bis gefährlichen Schwachsinn ziemlich alles abgedruckt steht. Der Ring freiheitlicher Studenten weigert sich, dem länger zuzusehen! Politik soll in den einzelnen Studentenfraktionen gemacht werden, keine Bevormundung durch die ÖH-Exekutive! Wenn politische Fragen aktuell sind, zu denen Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Fraktionen besteht, kann jederzeit gemeinsam gehandelt werden (z. B. Atomkraftwerke).

Wir fordern, daß sich die ÖH allgemeinpolitischer Aussagen enthält. Und sich nur studienbezogenen Fragen widmet!



Michael GUMPESBERGER
Maschinenbau, 10. Semester
Sparbersbachgasse 51, 8010 Graz



STUDENTENFORUM:

Das STUDENTENFORUM bekennt sich zum allgemeinpolitischen Mandat der ÖH. Wir erachten es für sinnvoll, daß die Studentenvertretung zu Themen von allgemeinem Interesse Stellung nimmt.

Die Diskussion über derartige Fragen darf jedoch nicht die Beschäftigung mit den eigentlich studentischen Problemen verhindern. Die Sitzungen des Zentralausschusses zeigen ganz deutlich, wohin diese Entwicklung führt. Da wird in Wien z. B. stundenlang über Afghanistan, Kuba, Nachrüstung etc. debattiert, aber über ein Millio-nenbudget wird fast kein Wort verloren; andere studentische Anliegen kommen kaum zur Sprache.

Auch beim allgemeinpolitischen Mandat gelten natürlich unsere im „Klagenfurter Programm“ des STUDENTENFORUM dargelegten Grundsätze. Hier möchten wir vor allem das Prinzip der Subsidiarität herausgreifen. Wir wenden uns daher gegen eine Vergrößerung der Bürokratie und gegen mehr Staat. Soweit möglich soll eine kleinere Einheit (z. B. Familie, Gemeinde...) die Probleme lösen. Die nächstgrößere Einheit darf nur dann eingreifen, wenn es der kleineren Einheit nicht möglich ist, ihre Probleme selbst zu lösen. Politisch bedeutet das daher ein Bekenntnis zum Föderalismus und ein Streben nach mehr Demokratie. Mehr Demokratie bedeutet für uns: Mehr Teilnahme von mehr Menschen an mehr Entscheidungen.

OE ES U
ÖSTERREICHISCHE STUDENTENUNION



UOG-REFORM

ÖSU:

Allgemeinpolitisches Mandat, oder das Recht und die Pflicht der ÖH, auch zu nicht rein studienspezifischen Fragen Stellung zu nehmen.

Wir tragen Mitverantwortung für die Zukunft. Und weil wir dieser Auffassung sind, betrachten wir die Universität nicht als gesellschaftlichen Schonraum oder als Jugendenklave, sondern als wichtigen Teil unserer Gesellschaft. Es gibt zweifelsohne eine starke Wechselbeziehung zwischen der Gesellschaft „draußen“ und der Universität „drinnen“; Gelder, die an die Universität gehen, müssen woanders eingespart werden. Deshalb sind wir auch keine „Lobbyisten“, die beinhaltet und ohne Rücksicht die Interessen ihrer Gruppe vertreten. Wir meinen, daß es nicht zu verantworten wäre, wenn finanzielle Besserstellungen für uns Studenten zu Lasten der Schwächeren in der Gesellschaft gingen, also auf Kosten der Arbeiter und kleinen Angestellten, des Kleingewerbes etc.

Wir tragen aber nicht nur Verantwortung gegenüber den anderen gesellschaftlichen Gruppen in Österreich, sondern wir tragen auch „internationale Verantwortung“. Und deshalb können wir zu vielen Vorgängen in Afrika oder Amerika usw. nicht einfach schwiegen. Vor allem aber glauben wir, daß es die Pflicht hochentwickelter Länder ist, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten weiterzugeben, und zwar nicht auf der Basis, neue Märkte in der Dritten Welt zu erschließen, sondern wir meinen, daß es hier einen Interessensausgleich geben muß und daß „knowledge-transfer“ immer noch besser ist als Kapitaltransfer. D. h. aber auch, daß wir unsere Universitäten möglichst weit für Bildungswillige, vor allem aus der Dritten Welt, öffnen müssen.

VSStÖ:

Sozialistische Hochschulpolitik orientiert sich sowohl an den Interessen der Studierenden, als auch an denen der Lohnabhängigen. Wir vom VSStÖ gehen grundsätzlich von der Überlegung aus, daß die technische Forschung beziehungsweise technische Entwicklung allen Menschen nützen soll. Dadurch, daß Wissenschaft und Technik immer mehr in das profitbringende System des Wirtschaftswachstums um jeden Preis eingeflochten werden, werden die oben genannten Voraussetzungen immer weniger erfüllt. Wir als Studenten und Staatsbürger haben genauso das allgemeine Wahlrecht wie gleichaltrige Nichtstudenten, und deshalb das Recht und sogar die Pflicht, uns zu außeruniversitären Vorgängen zu äußern!

DIE DRITTE WELT — AUCH UNSER PROBLEM!!

Die ÖH hat die Möglichkeit, engagierte Leute, die sich für die Dritte Welt einsetzen, finanziell und ideell zu unterstützen — sie sollte das auch weiterhin tun! Speziell in diesem Zusammenhang fordert der VSStÖ ein stärkeres Eintreten der ÖH für die sich im Befreiungskampf befindlichen Völker der sogenannten Dritten und Vierten Welt (Nicaragua, El Salvador).

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN GEWERKSCHAFTEN

Der VSStÖ ist für eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Als ein Beispiel von vielen soll hier die Berücksichtigung der Sicherheit am Arbeitsplatz bei der Planung von technischen Projekten dienen. Auch die sozialen und politischen Auswirkungen der fortschreitenden Technisierung können in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften besser erkannt und bewußter gemacht werden und bei der technischen Problemlösung besser berücksichtigt werden.

Das UOG (Universitätsorganisationsgesetz), das nun seit fast 6 Jahren in Kraft ist, brachte uns Studenten die Möglichkeit mitzureden und mitzuverwalten, entschieden jedoch wird in den meisten Fällen im Ministerium. Zudem stellen die Studenten in vielen Gremien nur ein Viertel der Mitglieder dar.

Daraus ergeben sich gleich vier wichtige Forderungen, die alle vier im Hauptausschuß vertretenen Fraktionen gemeinsam vertreten:

1. Einführung der Drittelparität (d. h. gleich viele Professoren, Assistenten und Studenten) in allen Gremien, sowie die Wiedereinführung des Blockvetos; zwei Forderungen, die verstärkt den Minderheitenschutz zum Ziel haben.
2. Reduktion der Zahl der Mitglieder auf ca. 20 — 30 Personen. Diese Forderung setzt natürlich voraus, daß auch die Professoren ihre Vertreter in das Fakultätskollegium entsenden.
3. Um die Entscheidungen der Gremien transparenter für alle betroffenen zu machen ist es ferner notwendig, die Verschwiegenheitspflicht generell aufzuheben.
4. Eine Stärkung der Autonomie der Universitäten. Es liegt auf der Hand, daß ein UOG-Gremium im allgemeinen wesentlich schneller und problembezogener entscheiden kann, als eine zentrale bürokratische Stelle wie das Ministerium. Ganz besonders gilt das z. B. für Änderungen in den Studiengesetzen. Die Stellungnahme zur UOG-Reform wurde von allen im Hauptausschuß vertretenen Fraktionen gemeinsam ausgearbeitet und beschlossen.

BILDUNGSPOLITIK

Anhand einiger konkreter Beispiele von Kollegen, die naturwissenschaftliche Fächer studieren, ist uns aufgefallen, daß auf diesem Gebiet von einer Einheit der Wissenschaft keine Rede ist. Vielmehr herrscht hier eine Aufsplitterung sowohl räumlich als auch inhaltlich. Es ist eigentlich unverständlich, daß etwa Chemie oder Mathematik an mehreren, voneinander stark getrennten Instituten gelehrt werden.

Der Vorschlag des RFS wäre eine Zusammenlegung zu GROSSINSTITUTEN. Im ersten Studienabschnitt könnte die allgemeine Ausbildung dort und später die Spezialisierung an anderen Instituten erfolgen. Denn welcher Matu-

rant weiß schon, ob ihn mehr der theoretische oder der praktische Teil interessiert.

Ein weiterer Vorteil liegt in der Vereinfachung von Verwaltung und Finanzierung (z. B. gemeinsame Bibliotheken und Lehrmittel).

Außerdem wäre das Halbgottdasein mancher Institutsvorstände vorbei. Die Leitung des Institutes übernimmt ein Kollegium von gleichgestellten Professoren, womit sowohl Überlastung als auch menschliche Fehler reduziert werden. In der Institutskonferenz ist natürlich eine entsprechende Anzahl an Studenten vertreten, um der Mitbestimmung im Sinne der Hörer gerecht zu werden.

